

Antworten der Grünen, Kreisverband Ammerland, an den Regionalverbund der Erwerbslosen Weser-Ems

1. Mail an die Grüne Fraktion im Saarland:

From: S.A.Wagner

To: fraktion@gruene-saar.de

Sent: Thursday, December 09, 2010 9:04 PM

Subject: Abstimmung im Bundesrat über die Hartz IV-Novelle

Guten Tag,

ich - Sonja Wagner - gehöre zum Kreisvorstand von Bündnis 90/ Die Grünen im Ammerland (Bundesland: Niedersachsen).

Im Oktober hat das bundesweite Bündnis der Erwerbslosen "Krach schlagen statt Kohldampf schieben" in Oldenburg eine Demonstration für die Erhöhung der Hartz IV - Regelsätze veranstaltet. Die Forderung der Erwerbslosen-Initiativen beinhaltet die Erhöhung des Eckregelsatzes für Alleinstehende um 80 Euro für gesunde Ernährung sowie eine bedarfsgerechte Festsetzung auch der anderen Regelsatzposten.

Wir vom Ammerländer Kreisverband unterstützen diese Forderung.

Die von der Bundesregierung gewollte Hartz IV-Novelle hält einer Plausibilitätsprüfung bisher nicht stand. Sollte die Novelle nach der Abstimmung im Bundesrat an den Vermittlungsausschuß verwiesen werden müssen, wird diese Plausibilitätsprüfung hoffentlich nachgeholt und führt hoffentlich zu einer Berechnung, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes entspricht und die Forderungen der Erwerbsloseninitiativen berücksichtigt.

Deswegen appelliere ich an Sie, dieser Hartz IV-Novelle im Bundesrat nicht zuzustimmen. Stellen Sie sich quer und ebnen Sie den Weg für eine Entscheidung, die eine bedarfsgerechte Regelsatzfestsetzung beinhaltet.

Herzliche Grüße

Sonja Wagner für den Kreisvorstand B'90/Die Grünen Ammerland

2. Die Antwort der Saarland-Grünen auf die Anfrage der Ammerländer Grünen vom 9. 12. 2010.

From: [Beck, Claudia](#)

To: [S.A.Wagner](#)

Sent: Friday, December 10, 2010 9:38 AM

Subject: AW: Abstimmung im Bundesrat über die Hartz IV-Novelle

Sehr geehrte Frau Wagner,

auch wir lehnen die Neuregelung der Grundsicherung in der vorliegenden Form inhaltlich ab. Insbesondere sind aus unserer Sicht die Regelsätze für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zu niedrig angesetzt. Aber auch weitere Aspekte halten wir für sozial ungerecht. Da wir im Koalitionsvertrag mit CDU und FDP vereinbart haben, dass sich das Land im Bundesrat enthält, wenn einer der Koalitionspartner die Zustimmung ablehnt, wird das Saarland am 17.12.2010 im Bundesrat dem Gesetz nicht zustimmen.

In der Anlage übersende ich Ihnen die entsprechenden Pressemitteilungen zu Ihrer Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen,

Claudia Beck

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag des Saarlandes

Claudia Beck, Fraktionsgeschäftsführerin, Pressesprecherin, Justiziarin

Franz-Josef-Röder-Str. 7, 66119 Saarbrücken

Tel.: +49 681 / 5002 509, Fax: +49 681 / 5002 511, Mobil: +49 171 / 47 57 934

E-Mail: c.beck@landtag-saar.de, Homepage: www.fraktion.gruene-saar.de

Die Grünen im Saarland, Presseerklärung Nr. 01712lv vom 2. 12. 2010:

Zur aktuellen Debatte über das Abstimmverhalten des Saarlandes im Bundesrat über die Neuregelung der Grundsicherung erklärt der Landesvorsitzende der Saar-Grünen, Hubert Ulrich:

„Wir weisen die Vorwürfe der Käuflichkeit seitens der SPD in aller Schärfe zurück! Was hier geführt wird, ist eine Geisterdebatte, die von der SPD gezielt aufs Gleis gesetzt wurde und jetzt instrumentalisiert wird, um die Saar-Grünen erneut in Verruf zu bringen. Es liegt kein Angebot seitens der Bundesregierung an das Saarland vor, wir haben als Grüne auch keines angefordert, noch ist eines avisiert. Daher gibt es auch keine Gründe von unserer bisherigen Position abzurücken.“

Wir Grüne lehnen die Neuregelung der Grundsicherung in der vorliegenden Form inhaltlich ab. Insbesondere sind aus unserer Sicht die Regelsätze für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zu niedrig angesetzt, es gibt keine individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, das Bildungspaket ist unausgewogen und der Kostendruck wird auf die Kommunen abgewälzt. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird sich das Saarland im Bundesrat bei Fragen, in denen einer der Koalitionspartner nicht zustimmt, enthalten. Sollte es wider Erwarten ein Angebot seitens der Bundesregierung an das Saarland zu Verhandlungen über die Hartz IV – Reform geben, muss man über solch ein Angebot entlang inhaltlicher Erwägungen zumindest diskutieren – zum derzeitigen Zeitpunkt besteht dafür keinerlei Anlass.“